

Etwas Besseres als den Tod finden wir überall - weltweit immer mehr Menschen auf der Flucht

Paritätischer Bremen veröffentlicht Positionspapier

Noch nie gab es nach dem 2. Weltkrieg so viele Flüchtlinge wie im letzten Jahr. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen haben im Jahr 2015 Kriege, Verfolgung, Not und Hunger mehr als 60 Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Auch nach Deutschland und in das Bundesland Bremen kommen mehr Flüchtlinge als in den Jahren zuvor. Für das Jahr 2016 erwartet die Bremer Landesregierung rund 12.000 Erwachsene und Familien. Hinzu kommen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die zwar zu einem großen Teil nach der neuen Gesetzeslage auf andere Bundesländer „umverteilt“ werden dürfen, aber auch hier erwartet man rund 700 Jugendliche, die in Bremen bleiben.

„Die akute Versorgung der Flüchtlinge mit Unterkunft, Nahrung und medizinischer Grundbehandlung bleibt weiterhin eine anspruchsvolle Aufgabe für Bremen“, sagt Gerd Wenzel, Vorsitzender des Paritätischen Bremen. Viel wichtiger sei aber, wie Flüchtlinge in das Gemeinwesen integriert werden, wie der Zugang zu Wohnung, Bildung und Arbeit funktioniere. In seinem Positionspapier „Etwas Besseres als den Tod finden wir überall - weltweit immer mehr Menschen auf der Flucht“ beschreibt der Verbandsrat des Paritätischen Bremen, wie Integration gefördert und Teilhabe ermöglicht werden können.

Damit dies gelingt, formuliert der Paritätische ganz konkrete Forderungen, wie zum Beispiel mit Sprach- und Integrationskursen für alle Flüchtlinge sofort zu beginnen. „Jeder Monat ohne



Sprachvermittlung ist ein verlorener Monat“, so Wenzel. Man müsse auch nach einer kurzen Übergangszeit von drei Monaten den unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt gewähren. „Im Bereich der Arbeitsförderung muss noch viel passieren“, sagt Wolfgang Luz, Vorstand des Paritätischen Bremen. Eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt gelinge am besten mit einem Berufsabschluss. Schrittweise Qualifizierungen bis hin zu Berufsabschlüssen müssten ermöglicht werden. Für Menschen, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, müsse die Förderung von Sprachkursen im SGB II gesetzlich ermöglicht werden.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge genießen besondere Schutzrechte. Derzeit werden noch viele Jugendliche in Massenunterkünften untergebracht, die den Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand der Jugendlichen nicht entsprechen. „Das Kinder- und Jugendhilferecht mit seinen Standards muss auch für junge Flüchtlinge uneingeschränkt gelten. Sie sind keine Jugendlichen zweiter Klasse“, sagt An-

Noch immer Realität in Bremen
- Flüchtlingsunterbringung in Zelten

dreas Börder, Geschäftsführer der Paritätischen Mitgliedsorganisation Krize.V. Der Verein betreut unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in kleineren Wohnangeboten und derzeit noch in größeren Einheiten. Geplant ist, diese Einheiten bedarfsorientiert umzustrukturieren.

Schnelle Umzüge in eigene Wohnungen ermöglichen, familiären Nachzug erleichtern, Kinder schnell in Kita und Schule zu integrieren: all dies sind wichtige Forderungen, um soziale Integration zu realisieren. Die ist natürlich nicht umsonst zu haben. „Experten prognostizieren aber, dass die positiven wirtschaftlichen Impulse für Deutschland die Ausgaben bei weitem übertreffen werden, wenn die Integration der überwiegend jungen geflüchteten Menschen gut gelingt“, so Wenzel.

Der Paritätische als Wohlfahrtsorganisation steht auf Seiten der Mensch-

lichkeit und der Menschenrechte. „Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt haben Anspruch auf Asyl.

Wir treten für ein einheitliches europäisches Asylrecht mit angemessenen Schutzstandards ein“, so Gerd Wenzel.

Das Positionspapier des Paritätischen Bremen steht unter www.paritaet-bremen.de zum download zur Verfügung.

Erfolgreiche Arbeit des Beratungs- und Beschwerdebüros für die Erziehungshilfen

BeBeE informiert über zweites Projektjahr

Über zwei Jahre arbeitet das „Bremer Beratungs- und Beschwerdebüro für die Erziehungshilfen“ (BeBeE) bereits. Die Bilanz des Projektes kann sich sehen lassen. Insgesamt 130 Ratsuchende, zumeist Mütter oder Väter, haben in den zwei Jahren den Kontakt zum BeBeE gesucht. Es sind oft Eltern, deren Kinder bei Pflegefamilien oder in einer Einrichtung der Jugendhilfe leben. „In den meisten Beratungsfällen gab es Schwierigkeiten im Kontakt mit dem zuständigen Casemanager im Jugendamt oder mit der Einrichtung, in der die Kinder leben“, sagt Projektkoordinatorin Christine Krohne.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) formuliert in § 27 einen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung, den die Personensorgeberechtigten und ab dem 18. Lebensjahr die jungen Menschen selbst haben. Auf dieser Grundnorm berät das BeBeE. Insbesondere § 34 SGB VIII (Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform) und § 33 SGB VIII (Vollzeitpflege) waren mit 20 Prozent und 16 Prozent häufig angefragte Themenbereiche.

Aufgabe des Beratungsbüros ist, die Kinder, Jugendlichen und deren Eltern zu unterstützen, die ihre Interessen im Erziehungshilfesystem nicht ausreichend wahrgenommen sehen. „Wir führen zunächst ein ausführliches Gespräch mit den Ratsuchenden und überlegen dann gemeinsam nächste Schritte. Das kann zum Beispiel ein gemeinsames Gespräch mit dem zuständigen Casemanager sein“, so Krohne. Sie hat in der bisherigen Beratungspraxis festgestellt, dass es oft schon hilft, wenn das BeBeE als neutrale Stelle informiert. „Für viele

Ratsuchende sind die Entscheidungen eines Casemanagers im Jugendamt oft nicht nachvollziehbar. Oftmals fehlt es an transparenten Hilfeplanprozessen und an der Beteiligung der Familien in den Prozessen“, so Krohne. Neben der aktiven Unterstützung der Eltern verfolgt das BeBeE noch ein weiteres Ziel. „Das externe Beschwerdemanagement ist auch ein Instrument zur Qualitätsverbesserung der Erziehungshilfe“, sagt Wolfgang Luz, Vorstand des Paritätischen Bremen.

Zusammen mit Christine Krohne sind derzeit sechs freiwillige MitarbeiterInnen in der Beratungsarbeit tätig. Diese Freiwilligen haben alle Kenntnisse im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, etwa weil sie früher als Sozialarbeiter tätig waren. Zudem finden regelmäßige Fortbildungen und ein fachlicher Austausch für die Freiwilligen statt. Prinzip ist, dass immer zwei Berater ein Ge-

spräch führen. Für das nächste Projektjahr hat sich Christine Krohne vorgenommen, verstärkt Jugendliche auf das Beratungsangebot hinzuweisen.

Das Projekt wird von Aktion Mensch und den Trägern der Bremer Jugendhilfe noch für ein weiteres Jahr gefördert. Wolfgang Luz möchte diese sinnvolle Arbeit auch in Zukunft fortsetzen. „Deshalb wird es eine wichtige Aufgabe des letzten Projektjahres sein, das Projekt zu verstetigen und Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln“, so Luz.

k o n t a k t

Bremer Beratungs- und Beschwerdebüro für die Erziehungshilfen (BeBeE)
Schwachhauser Heerstraße 3
28203 Bremen
Tel: 0421 696 837-18
info@bebee-bremen.de
www.bebee-bremen.de

„Aus“ für geförderte Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen

Noch im Dezember 2015 wandten sich der Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen (Vadib) und zahlreiche andere Organisationen wie die LAG Freie Wohlfahrtspflege in einem offenen Brief an Bürgermeister Carsten Sieling. Rund 200 langzeitarbeitslose Menschen, die bis Ende 2015 in sozialen Einrichtungen in Stadtteilen Beschäftigung fanden, können nicht mehr weiterbeschäftigt werden, da das Programm ausläuft. Es handelt sich sowohl um geförderte Arbeitsver-

hältnisse, Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (In-Jobs) als auch den Einsatz von „EhrenamtlerInnen“, die - in der Regel nach Auslaufen einer Fördermaßnahme - freiwillig weiter arbeiten und dafür eine Aufwandsentschädigung bis zu 200 Euro monatlich anrechnungsfrei erhalten. Sie arbeiten in Mütterzentren, Nachbarschaftshäusern oder Stadtteilarmen. Es sind Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben.

Vadib appellierte an den Bürgermeister, weiterhin Beschäftigungsprogramme zu fördern, um langzeitarbeitslosen Menschen soziale Integration zu ermöglichen.

Wirtschaftssenator Martin Günthner widersprach. Der soziale Arbeitsmarkt mit Maßnahmen für Langzeitarbeitslose würde im Gegenteil ausgebaut. So werde auf dem Kinderbauernhof in Tenever auch künftig drei Teilnehmer aus dem Programm „Soziale Teilhabe“ finanziert. Das gleiche gelte für Stellen bei der Hoppenbank e.V., im Kulturzentrum Lagerhaus, im ALZ, auf der

Kinder- und Jugendfarm Habenhausen oder der Stadtteilmfarm Huchting. Insgesamt werde es nach derzeitigem Stand um 193 Plätze in den regionalen Netzwerken gehen, die überwiegend sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bieten.

Nach Auffassung des Vadib werden nur etwa 10 Prozent der 200 Plätze durch das neue Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ ersetzt. Für die vielen ehrenamtlichen Beschäftigten gibt es keine Perspektive. Viele kleine Träger könnten das Programm gar nicht nutzen, da sie 25 Prozent der Kosten selbst

finanzieren und den Verwaltungsaufwand nicht leisten könnten.

„Entscheidend ist, dass es die regionalen Netzwerke nicht mehr geben wird und damit viele Einsatzplätze z. B. im Haus der Zukunft in Lüssum-Bockhorn, bei der Nordbremer Lebensmittelhilfe, im Stiftungsdorf Fichtenhof oder in Bürgerhäusern ersatzlos entfallen“, sagt Peter Dorlöchter, Vorsitzender des Vadib. Integration durch Beschäftigung und die Stärkung benachteiligter Stadtteile als Beitrag zur Armutsbekämpfung und -prävention verlören damit weiter an Bedeutung.

40 Jahre Dienstleistungszentren: Engagement für ältere Menschen in Bremen

Seit 1975 unterstützen Dienstleistungszentren (DLZ) ältere Menschen dabei, selbstständig in ihrem Zuhause zu leben. Huchting und Kattenesch waren die ersten beiden der inzwischen 17 Standorte. Die letzten fünf DLZ wurden 1990 eröffnet. Damit existiert in der Stadt Bremen ein einmaliges Netz von Informations- und Beratungsstellen rund um alle Fragen des Alters, der chronischen Erkrankung oder Behinderung. In jedem Stadtteil können Bürger und Bürgerinnen unentgeltlich Information und Beratung erhalten. Zudem organisieren die DLZ Nachbarschaftshilfe. Durch diese Hilfe können ältere Menschen länger in ihrer eigenen Wohnung bleiben.

Rund 7.500 Menschen suchten im Jahr 2014 Rat in den 17 DLZ. 5.000 Haushalte wurden mit Organisierter Nachbarschaftshilfe unterstützt, 4.500 Hausbesuche fanden statt. Insgesamt haben 4.000 ehrenamtlich tätige NachbarschaftshelferInnen 730.000 Stunden geleistet.

Detlef Luthe, Sprecher der 17 Bremer DLZ, macht deutlich, dass die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist: „Für mehr Unterstützungsleistungen brauchen die DLZ mehr Personal. Die Nachfrage nach Unterstützung bei der



Nachbarschaftshelferinnen unterstützten ältere Menschen im Alltag.

Hausarbeit, bei der Begleitung zum Arzt oder zu Einkäufen steigt stetig.“ Dies ist nicht verwunderlich, da die Zahl der alten Menschen, insbesondere auch die Zahl von Menschen mit einer Demenz, steigt. Die Organisierte Nachbarschaftshilfe leistet immer zweierlei: Hauswirtschaftliche Assistenz und gleichzeitig einen persönlichen Kontakt, Arbeit mit Herz und Hand. Dies ist besonders alleinstehenden Menschen wichtig, wenn sie einsam und in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Wenn alles gut läuft, entstehen richtige

Wahlverwandtschaften zwischen den HelferInnen und den KundInnen.

Arnold Knigge, Vorstandssprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, weist darauf hin, dass die öffentlichen Mittel bisher nur jeweils für ein Jahr bewilligt werden. Die Träger erwarten einen Zuwendungsvertrag mit mehrjähriger Laufzeit, um der stetig wachsenden Nachfrage begegnen zu können: „Der Anstieg bei Personal-, Miet- und Sachkosten erfordert eine Erhöhung des

städtischen Finanzierungsanteils“, so Knigge. Knigge fordert auch, die Angebote für ältere Menschen stärker als bisher zu bündeln. Die Leistung der Dienstleistungszentren steigt kontinuierlich: In den vergangenen acht Jahren ist die Zahl der eingesetzten NachbarschaftshelferInnen um ca. 33 Prozent

gestiegen, die Anzahl der Menschen, die die Organisierte Nachbarschaftshilfe in Anspruch nehmen, stieg um 21 Prozent. Dies zeigt, wie wichtig und erfolgreich diese von der Stadt Bremen geförderte und von den Wohlfahrtsverbänden organisierte Infrastruktur ist.

Die Betreiber der DLZ sind: Caritasverband Bremen e.V., DRK Kreisverband Bremen e.V., Arbeiterwohlfahrt Soziale Dienste gemeinnützige GmbH Bremen und Paritätische Gesellschaft für soziale Dienste Bremen mbH. Die Arbeit wird ca. zur Hälfte finanziert durch die Senatorin für Soziales.

Unterstützung für junge Diabetiker

Aktion Mensch fördert Beratungsstelle mit 194.000 Euro



Die Beraterinnen Tanja Kessel (l) und Dorothee Paape

Die Diagnose „Chronische Diabetes“ bedeutet für Kinder, Jugendliche und ihre Familien eine große Veränderung. Der Alltag dieser Familien verändert sich komplett, weiß Dorothee Paape, Mitarbeiterin der neuen Beratungsstelle des Vereins AfJ. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Tanja Kessel beantwortet sie alle Fragen rund um die Erkrankung. Der Standort der Beratungsstelle ist gut gewählt: ein ehemaliges Ladenlokal in der Friedrich-Karl Straße direkt gegenüber der Professor-Hess Kinderklinik.

„Wenn bei Kindern oder Jugendlichen Diabetes festgestellt wird, erhalten die Eltern noch in der Klinik eine intensive Schulung, wie sie Blutzucker messen und Insulin verabreichen. „Doch damit ist es nicht getan. Gerade im Alltag entstehen ganz viele Fragen“, sagt Dorothee Paape. Muss ich dem Kind auch nachts Blutzucker messen? Sind bestimmte Lebensmittel tabu? Wie kann

mein Kind unbeschwert an einem Kindergeburtstag teilnehmen?“

Paape und Kessel informieren auch, wo Eltern weitere Unterstützung erhalten können, zum Beispiel Assistenten für den Kita- oder Schulbesuch der Kinder. „Frühestens nach der Grundschule können Kinder eigenverantwortlich ihren Insulinbedarf berechnen und spritzen“, sagt Paape. Aber auch wenn Routine im Alltag eingekkehrt ist, können immer wieder Probleme auftauchen.

„Gerade Jugendliche haben oft keinen Bock mehr auf die Krankheit, wollen so sein wie andere Jugendliche und nicht mehr ständig ihren Insulinbedarf im Blick haben“, so Paape. Die Berate-

rinnen unterstützen mit Freizeit- und Gruppenangeboten für die Jugendlichen, und auch die Eltern können sich mit Gleichbetroffenen austauschen.

Die Anzahl der Kinder- und Jugendlichen, die an Diabetes Typ I erkranken, steigt. Die Beratungsstelle möchte im Jahr rund 120 erkrankte Kinder, Jugendliche und ihre Familien erreichen. Die Mitarbeiterinnen wollen außerdem Lehrkräfte, Erzieher und Trainer, aber auch Freunde und Verwandte im Umgang mit Diabetes schulen.

k o n t a k t

Beratungsstelle für junge Diabetiker
Friedrich-Karl Str. 49
28205 Bremen
Tel: 0421 769 684 774

Neue Finanzierungsmodelle für Bewegungsfachschulen erforderlich

Der Verein Impuls e. V. schlägt Alarm. Die Bewegungsfachschulen für Prävention und Rehabilitation sowie für Breitensport sind nicht ausreichend finanziert. Die finanziellen Belastungen konnten bisher durch Schulgelder und ehrenamtliche Tätigkeit kompensiert werden. „Dies ist aber in Zukunft nicht mehr möglich“, sagt Inge Deppert, die langjährige ehrenamtliche Schulleiterin.

Mit den beiden Schulen besitzt Bremen zwei professionelle Sport- und Bewegungsausbildungen mit einem

staatlichen Abschluss. Das Land Bremen gibt derzeit für beide Ausbildungen keinerlei Zuschüsse. Dabei sind die Absolventinnen und Absolventen begehrt. Neben dem Einsatz in Gesundheits- und Rehaeinrichtungen sind die Turn- und Sportvereine auf gut ausgebildete Bewegungs- und Sportfachkräfte angewiesen.

Inge Deppert hat sich an die Senatorin für Sport Anja Stahmann und an die Deputation für Sport gewandt. Sie hofft auf gemeinsame Ideen zur dauerhaften Finanzierung der Schulen.